

Birkholz, Klaus; Hollenbach, Jörn; Schust, Ina

Book Part

Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands, Teil 1: Methodik, Raum und Demografie

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Birkholz, Klaus; Hollenbach, Jörn; Schust, Ina (2009) : Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands, Teil 1: Methodik, Raum und Demografie, In: Eich-Born, Marion (Ed.): Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland für Nordostdeutschland, ISBN 978-3-88838-345-8, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 4-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/59764>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klaus Birkholz, Jörn Hollenbach, Ina Schust
Kartografie: Thomas Chlod

Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands

Teil 1: Methodik, Raum und Demografie

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Methodik
- 3 Der Raum, seine Nutzung und Kulturlandschaften
- 4 Bevölkerung und Demografischer Wandel
 - 4.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung
 - 4.2 Räumliche Bevölkerungsentwicklung
 - 4.3 Zukünftige Entwicklungen bis 2020 (Prognose)

Literatur

1 Einführung

Grundlage für verantwortungsvolles raumordnungspolitisches Handeln ist verlässliches Wissen und exakte Kenntnis über den Raum, seine Strukturen und Entwicklungen. Um Bewertungen vornehmen zu können, reicht dieses Wissen allein nicht aus. Erst ein Vergleich der unterschiedlichsten Indikatoren von Räumen gleicher hierarchischer Stufe gibt Auskunft über Stand und Stellung. Dabei müssen auch verschieden große und unterschiedlich ausgestattete Räume miteinander verglichen werden können.

Dies ist umso wichtiger, wenn es um Finanzzuweisungen und Fördermittel geht, die dazu beitragen sollen, strukturschwache Regionen zu stabilisieren, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erhalten und möglichst auch Wachstum zu generieren. Die bisherige, von ihrem Ansatz her mehr auf Ausgleich orientierte Raumordnungspolitik der beiden Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie des Stadtstaates Berlin konnte die Wettbewerbsfähigkeit des nordostdeutschen Raumes nicht wesentlich erhöhen. Die Folgen veränderter Rahmenbedingungen durch Globalisierung bzw. durch den demografischen Wandel, insbesondere ihre Auswirkungen auf die Sozial- und Rentensysteme sowie auf die Einnahmen der öffentlichen Hand und somit auch auf die sich daraus ergebenden geringeren raumgestalterischen Möglichkeiten des Staates waren seit langem bekannt. Der jetzt einsetzenden, längst überfälligen Neuorientierung in der Raumordnung kommt nicht nur in Nordostdeutschland große Bedeutung zu.

Die gegenwärtigen Diskussionen zu neuen Leitbildern, Förderstrategien oder zu neuen Ansätzen beim Finanzausgleich etc. zeigen: Es geht vorrangig nicht mehr um Verteilung von Wachstum, sondern um die Entwicklung des Raumes unter Schrumpfungsbedingungen. Grundlagen und Zielrichtung werden dabei durch den Slogan „Stärken stärken“ zum Ausdruck gebracht. Dies wird auch durch eine Reihe aktueller Konzepte und

Beschlüsse der Regierungen der nordostdeutschen Länder widergespiegelt. So werden im neuen Leitbild zur Entwicklung der Hauptstadtregion, das Berlin und Brandenburg im August 2006 beschlossen, die Stärken beider Länder definiert und Handlungsstrategien zur gemeinsamen Nutzung aufgezeigt. Das Gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg trägt ebenfalls den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung. Der LEP B-B konkretisiert das Anfang Februar 2008 in Kraft getretene Landesentwicklungsprogramm 2007. Mitte Dezember 2008 wurde das Beteiligungsverfahren des LEP B-B abgeschlossen, sodass dieser voraussichtlich im Frühjahr 2009 in Kraft treten wird (Stand: 16.12.2008). Auch das Ende 2005 beschlossene Förderkonzept der Brandenburger Landesregierung beinhaltet durch die Festlegung von 15 bevorzugt zu fördernden Wachstumskernen und 16 Branchenkompetenzfeldern eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik (siehe Beitrag Dybe und Lange). Damit werden vorhandene, aber auch zu erwartende Potenziale Entscheidungsgrundlage der Förderung, und nicht wie bisher bestehende Defizite.

Die zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieses Bandes erfolgte inhaltliche Neuaufstellung der Planungsgrundlagen durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg orientiert sich ebenfalls am Leitprinzip „Stärken stärken“. Die räumlich flächendeckende Organisation der Daseinsvorsorge erfolgt nun über ein „Ankerstädtesystem“ (vgl. Reichel 2008). Damit soll gewährleistet werden, dass ländlich periphere Räume gegenüber der Entwicklung in prosperierenden Teilräumen nicht „abgehängt“ werden. Durch Etablierung der sogenannten „Ankerstädte“ (Mittelzentren) in für jeden Bürger zumutbarer Erreichbarkeit wird insbesondere im ländlichen Raum die Zugänglichkeit zu Infrastruktureinrichtungen gesichert. Dazu wird das neue und bedeutend engmaschigere Netz von Mittelzentren (vgl. Stellungnahme des Beirates für Raumordnung vom 21.09.2005) mit ihren Verantwortungsbereichen (= Mittelbereiche), mit ihren darübergelagerten Oberzentren und der Metropole Berlin besser beitragen als das bisherige, stärker hierarchisch aufgebaute dreistufige Zentrale Orte Konzept. Somit wird die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ als ein wesentliches Leitprinzip der Raumordnung und räumlicher Ausdruck der Daseinsvorsorge des Staates (Sozialstaatsprinzip) an die veränderten Bedingungen angepasst, ohne es aufzugeben.

In Mecklenburg-Vorpommern lassen Überarbeitung und Straffung des Zentrale-Orte-Systems im 2005 neu beschlossenen Landesraumentwicklungsprogramm sowie die 2006 begonnene Verwaltungsreform ebenfalls eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen erkennen. Dabei bleibt auch in Mecklenburg-Vorpommern die Verantwortung des Staates für die Daseinsvorsorge seiner Bürger Richtschnur des raumordnerischen Handelns. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse soll auch hier bei aller groß- und kleinräumigen Unterschiedlichkeit nicht durch „Gleichmacherei“ erreicht bzw. erhalten werden, sondern beispielsweise auch durch unkonventionelle Lösungsmöglichkeiten. Dazu gehören in den äußerst dünn besiedelten Räumen die stärkere Förderung, Nutzung bzw. Einführung u. a. von eGovernment und eHealth, Rufbussystemen, Internaten oder dezentralen Abwasseranlagen (vgl. Schmidt 2008).

Bei allen bestehenden und z. B. durch marktwirtschaftliche Prozesse oder demografischen Wandel auch anwachsenden Unterschieden zwischen einzelnen Teilräumen in Deutschland (sowie bei der hinlänglich bekannten Ungleichheit zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West oder zwischen Nord und Süd) darf der Staat nicht vordergründig und verfassungsrechtlich widersprüchliche Rahmenbedingungen zulassen, festschreiben oder fördern, die den Einzelnen wegen seines Wohnortes bei der Persönlichkeitsentfaltung benachteiligen. Das bedeutet nicht, dass bei der ohnehin starken Vielzahl

von „gängigen“ Interpretationen des Gleichwertigkeitsprinzips dieses nicht einer „Modernisierung“ und damit einer Anpassung an die gegenwärtigen räumlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse bedarf.

Die „Stärkung der Stärken“ bezieht sich dabei nicht nur auf ein räumliches Abstraktum, sondern auch auf die individuellen Fähigkeiten des Menschen, der diesen Raum bewohnt und gestaltet. „Stärkung der Stärken“ heißt nicht „Stärkung der Starken“, denn dies würde zu einer weiteren „Schwächung der Schwachen“ führen.

Die Stärken Nordostdeutschlands können dabei durchaus „verortet“ werden. Sie betreffen entgegen landläufiger Auffassung nicht nur hier ausschließlich ‚starke‘ Zentren, die im bundesdeutschen Vergleich bei den meisten „harten“ Daten und Indikatoren dann ohnehin nicht mehr als „stark“ in Erscheinung träten. Viele Stärken Nordostdeutschlands liegen im ländlichen Raum, dessen Potenziale und Stärken weniger bekannt, schlechter messbar und in ihrer Bedeutung oftmals hinter den „metropolitanen“ zurücktreten müssen. Sie sind in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg eher mehr den „weichen“ Standortfaktoren zuzurechnen und befinden sich dabei auch in strukturschwachen peripheren Lagen. Ihre wirtschaftliche Bedeutung kann nicht unmittelbar durch Zuwachsraten von Bruttoinlandsprodukt oder Arbeitsplätzen zum Ausdruck gebracht werden. Dennoch tragen u. a. die zahlreichen Städte mit historischen Stadtkernen, Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke sowie die für Nordostdeutschland typischen naturnahen und wenig zerschnittenen Landschaften, historische Kulturlandschaften, Wald-Seengebiete mit hohem Erholungswert oder historische Parks und Gärten mit ihren z. T. wieder restaurierten Schlössern und Herrenhäusern in hohem Maße zur Entwicklung des Fremdenverkehrs und somit zur wirtschaftlichen Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bei, ebenso wie die Ostseeküste oder die Metropole Berlin. Im Unterschied zu den erstgenannten Faktoren kann die Wirkung von Ostseeküste und Metropole in Form von touristischen Zuwächsen oder Bevölkerungswachstum durch Daten- und Indikatorenzeitreihen belegt werden.

Aufgabe der vorliegenden Analyse ist es, diese Stärken auf der Grundlage räumlicher Strukturen bzw. Potenziale oder Defizite innerhalb Nordostdeutschlands herauszuarbeiten und Schwächen zu benennen. Dabei soll auf Ursachen eingegangen werden und Wirkungen sollen aufgezeigt sowie, wo möglich, Chancen und Risiken der räumlichen Entwicklung diskutiert werden.

Die bereits seit einigen Jahren in der Wirtschaft zur Unternehmenseinschätzung gebräuchlichen SWOT-Analysen und Benchmarkings fanden zunehmend häufiger auch Anwendung bei vergleichenden räumlichen Analysen. Die Ergebnisse in Form von Länder-, Kreis-, Städte- bzw. Standortrankings werden auf der Grundlage einer großen Zahl von Indikatoren ermittelt. Dabei fließen, zumeist gewichtet, sowohl aktuelle Struktur- oder Bestandskennziffern (Potenzialaspekt) als auch deren Entwicklung (Dynamikaspekt) in die Berechnung entsprechender Indizes ein.

In jüngster Vergangenheit sind eine Vielzahl derartiger Analysen erarbeitet und publiziert worden. Dazu gehören u. a.:

- Bundesländerranking 2006 (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswoche)
- Zukunftsatlas 2004 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb (Prognos)
- Zukunftsatlas 2006 – Branchen im Fokus (Prognos)
- Zukunftsatlas 2007 (Prognos)
- Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005 (Bertelsmann Stiftung)

- Onliner Atlas 2006 (TNS Infratest und Initiative D21)
- Regionalranking 2006 (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)
- Demografiemonitor 2007 (Bertelsmannstiftung)
- Fit für die Zukunft? Die Bundesländer im Vergleich 2007 (HWWI)

Obwohl zum großen Teil gleiche bzw. ähnliche Indikatoren verwandt wurden, der Beobachtungszeitraum höchst aktuell die jüngste Vergangenheit oder einen Prognosezeitraum umfasst, fällt in den 2006 und 2007 veröffentlichten Studien die Platzierung der einzelnen Bundesländer zum Teil sehr unterschiedlich aus, wobei die Neuen Länder und insbesondere die Nordostdeutschlands übereinstimmend die letzten Ränge einnehmen.

So belegen die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin in der Bertelsmannstudie beim „Erfolgsindex“ (Platzierung im Standortwettbewerb der Länder) mit einem jeweils dreimal geringeren Punktwert als die beiden führenden Länder Hamburg und Bayern die drei letzten Plätze (Mecklenburg-Vorpommern Rang 16). Beim „Aktivitätsindex“ (Inwieweit tragen die politischen Bemühungen des Landes zum eigenen Erfolg bei?) nimmt Mecklenburg-Vorpommern erneut den letzten Rang ein. Eine der „sechs Kernbotschaften“ der Bertelsmannstudie lautet: „... Brandenburg stagniert, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern verschlechtern sich weiter ...“ (Bertelsmann Stiftung 2005).

Beim Bundesländerranking 2006 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche, bei dem insgesamt 33 Indikatoren mit Stand 2005 und mit ihrer Entwicklung gegenüber 2003 zu jeweils fünf unterschiedlich gewichteten Gruppen zusammenfasst wurden, belegen Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg (und Sachsen-Anhalt) im „Bestandsranking“ (aktueller Ist-Zustand) ebenfalls die letzten Plätze. Während hingegen beim ‚Dynamik-Ranking‘ (Entwicklung 2005 zu 2003) Berlin, Brandenburg und Bremen die „Schlusslichter“ bilden, liegt Mecklenburg-Vorpommern auf Rang 9 (Vorjahr Rang 16), Sachsen-Anhalt auf Platz 5 und Thüringen auf Rang 3.

Das aktuelle Regionalranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (November 2006) bewertet anhand von 48 einzelnen Bestandsindikatoren deutschlandweit alle Landkreise und Kreisfreien Städte (ohne die Stadtstaaten). Aus der entsprechenden Platzierung beim Ranking der einzelnen Indikatoren wird dann allein rein quantitativ auf Stärken und Schwächen jedes einzelnen der 435 untersuchten Kreise geschlossen. Nach Aggregation der zu sechs Bereichen zusammengefassten Einzelindikatoren und einer anschließenden Gewichtung erfolgt ein bundesweites Ranking aller Kreise. Dabei liegen bis auf Potsdam (Platz 186), Potsdam-Mittelmark (Platz 271), Teltow-Fläming (Platz 276) und Dahme-Spreewald (Platz 276) alle anderen 32 Kreise Nordostdeutschlands im letzten Drittel. „Schlusslichter“ bilden die Landkreise Uecker-Randow (Platz 435), Demmin (Platz 433), Oberspreewald-Lausitz (429) und Uckermark (426).

Methodische Schwachpunkte der meisten dieser auf der Grundlage einer Vielzahl von unterschiedlichen Indikatoren zusammengefassten sogenannten „Gesamt-Rankings“ und Benchmarkings liegen in den aggregationsbedingten inhaltlichen und räumlichen Nivellierungen, insbesondere aber auch bereits schon in der subjektiven Auswahl der Indikatoren und ihren z. T. kaum noch nachvollziehbaren Gewichtungen.

Gemeinsam ist den häufig periodisch erscheinenden Analysen, dass die gesamtdeutschen Rankings verständlicherweise zumeist auf Landesebene erfolgen bzw. die Landkreise und kreisfreien Städte den Raumbezug bilden.

Gerade aber auch in Brandenburg, dessen Verwaltungsstruktur nach der Gebietsreform 1993 durch vier kreisfreie Städte und 14 zum Teil tortenstückartig auf Berlin zugeschnittene Landkreise gekennzeichnet ist, existieren innerhalb eines Landkreises zwischen berlinnahen und peripheren Räumen erhebliche qualitative und quantitative Strukturunterschiede (vgl. LBV 2006b). Diese bestehen sowohl beim Ist-Zustand der Strukturelemente und äußern sich durch Unterschiede bei Ausstattung, Dichte, räumlichen Verflechtungen usw. (Potenzial) als auch bei deren Entwicklung (Dynamik). Ähnlich die Problematik in Mecklenburg-Vorpommern, wo, abgesehen von großräumigen Disparitäten, auch innerhalb eines Landkreises wie z. B. Ostvorpommern zwischen Küstenanrainergemeinden und solchen in Binnenlage ebenso wirtschafts- und sozialräumliche Unterschiede bestehen. Zentren- und Wirtschaftsstruktur, vor allem die Verteilung der Ober- und Mittelzentren sowie der wirtschaftlichen Wachstumskerne tragen aber ebenso wie der demografische Wandel zu (klein)räumlichen Struktur- und Entwicklungsunterschieden innerhalb der einzelnen Landkreise bei.

2 Methodik

Die vorliegende Strukturanalyse Nordostdeutschlands ist deshalb auch unterhalb der Kreisebene angelegt. Denn die Kenntnisse der räumlichen Disparitäten innerhalb von Regionen oder Kreisen ist für die Sicherung der Daseinsvorsorge, den Finanzausgleich oder die Fördermittelvergabe für den Staat und seine Gebietskörperschaften von ebenso großer Bedeutung wie die Kenntnisse der Disparitäten zwischen ihnen. Je kleinräumiger die Strukturen analysiert werden, desto größer ist der diesbezügliche praktische Nutzen.

Die Gemeinde als räumlich kleinste Raubeobachtungseinheit wäre aufgrund der Feinkörnigkeit durchaus auch von der Datenlage her geeignet, die Gebietskulisse der vorliegenden Analyse zu bilden. Die Verwaltungsebene Gemeinde ist aber wegen der extremen Größenunterschiede zwischen den beiden Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg nur bedingt vergleichbar. So besteht das Land Brandenburg aus insgesamt 421 Gemeinden (1990 waren es noch rund 1.800) mit einer mittleren Bevölkerungszahl von rund 6.100 Einwohnern bei einer durchschnittlichen Flächengröße von 70 km² (Bund: 29 km²). Dagegen weist die durchschnittliche Gemeinde Mecklenburg-Vorpommerns bei einer Zahl von insgesamt 851 Gemeinden eine mittlere Bevölkerungszahl von 2.020 Einwohnern und eine durchschnittliche Flächengröße von 27 km² auf. Dementsprechend boten sich die Ämter und amtsfreien Gemeinden, die in beiden nordostdeutschen Flächenländern die zweitkleinste Verwaltungseinheit nach der Gemeinde darstellen, als räumliche Bezugsbasis für die vorliegende Analyse an.

Vergleichende Aussagen zu Trends und Entwicklungsaspekten von (klein)räumlichen Strukturen sind nur bei einheitlichem Gebietsstand möglich. Sämtliche Daten, Indikatoren und Aussagen der vorliegenden Arbeit beziehen sich dementsprechend auf den Gebietsstand vom 31. Dezember 2005. Dieses Datum erwies sich insofern auch als geeignet, als dass sich im Analysezeitraum erhebliche Gebietsstandsänderungen infolge von Gemeindegemeinschaften und Ämterzuordnungen vollzogen. Besonders zahlreiche Veränderungen gab es im Land Mecklenburg-Vorpommern zum 1. Januar 2005, als sich die Zahl der Gemeinden von 871 auf 851 verringerte. Gleichzeitig erfolgte eine Umstrukturierung der Ämter und amtsfreien Gemeinden, deren Anzahl von 154 auf 119 sank.

Tab. 1: Eckwerte von Gebietskörperschaften am 1. Januar 2005

	Mecklenburg- Vorpommern	Brandenburg	Nordost- deutschland*	Nordost- deutschland**	Deutsch- land***
Regionen					
Anzahl	4	5	9	10	-
Mittlere EW-Zahl	429.913	513.541	476.444	767.600	-
Durchschnittliche Fläche (km ²)	5.794	5.895	5.850	5.354	-
EW/km ²	74	87	81	143	-
Kreise					
Anzahl	18	18	36	37	439
Mittlere EW-Zahl	95.536	142.650	119.111	207.460	187.929
Durchschnittliche Fläche (km ²)	1.287	1.638	1.463	1.447	813
EW/km ²	74	87	81	143	231
Landkreise					
Anzahl	12	14	26	-	323
Mittlere EW-Zahl	99.845	155.390	129.754	-	174.378
Durchschnittliche Fläche (km ²)	1.887	2.054	1.977	-	1.054
EW/km ²	53	76	66	-	165
Kreisfreie Städte					
Anzahl	6	4	10	11	116
Mittlere EW-Zahl	86.919	98.060	91.375	614.676	225.660
Durchschnittliche Fläche (km ²)	88	182	126	195	142
EW/km ²	988	539	728	3.148	1.594
Ämter/amtshfreie Gemeinden					
Anzahl	119	203	322	323	4.810
Mittlere EW-Zahl	14.451	12.649	13.315	23.762	17.152
Durchschnittliche Fläche (km ²)	195	145	164	166	74
EW/km ²	74	87	81	143	231
Gemeinden					
Anzahl	851	421	1.272	1.273	12.504
Mittlere EW-Zahl	2.020	6.099	3.371	6.029	6.598
Durchschnittliche Fläche (km ²)	27	70	41	42	28
EW/km ²	74	87	82	143	231

* Nordostdeutschland ohne Berlin

** Nordostdeutschland einschließlich Berlin

*** Berechnung: BBR 2006

Quelle: Daten der Statistischen Landesämter; eigene Berechnungen

Der Sachdatenstand ist, wenn nicht anders erwähnt, überwiegend der 1. Januar 2005 bzw. der 31. Dezember 2004. Für die meisten der in der Analyse benutzten Indikatoren lagen flächendeckend zum Zeitpunkt der statistisch-kartografischen Aufbereitung keine aktuelleren Daten auf Gemeindeebene vor. Da die demografischen Daten aber auch die Arbeitsmarkt- und die z. T. vorläufigen Beschäftigungsdaten des Jahres 2006 eine mögliche Trendveränderung erkennen lassen, wurde dies jedoch bei der textlichen Auswertung berücksichtigt. Eine weitere Aktualisierung der Karten war jedoch aufgrund der Komplexität der Auswertungen nicht möglich. Die statistischen Daten der vorliegenden Strukturanalyse entstammen in der Hauptsache den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA) und ihrer Regionaldirektion Berlin-Brandenburg.

Die Daten und Datenreihen bilden die Grundlage für die Berechnung von Indikatoren, die die räumliche Vergleichbarkeit und Bewertung der zwischen den beiden Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg dennoch auch unterschiedlich großen und ausgestatteten Ämter/amtsfreien Gemeinden gewährleisten sowie Schlussfolgerungen auf Ursachen, Wirkungen und Trendentwicklungen ermöglichen. Dabei gilt es zu beachten, dass der Beginn der statistischen Beobachtung bzw. der aktuellste Stand bei den verschiedenen Datengruppen auch unterschiedlich sein kann.

Aus der Vielzahl der für die Gemeinden vorliegenden Daten musste für die Strukturanalyse eine praktikable Auswahl getroffen werden. Dabei wurde auf die Widerspiegelung möglichst vieler Strukturbereiche und ihrer Eignung zur Charakterisierung räumlicher Stärken oder Schwächen besonderer Wert gelegt. Dies traf besonders auf die Bereiche Bevölkerung, Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt zu, wo die berechneten Schlüsselindikatoren gut geeignet sind, kleinräumige Strukturen über den Gesamttraum der drei Bundesländer abzubilden. Berlin wurde bei der Ermittlung der Indikatoren in Abhängigkeit von der räumlichen Ebene entweder als Gemeinde, als Land, Region, Kreis bzw. kreisfreie Stadt in die jeweilige Berechnung mit einbezogen. Da Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttowertschöpfung (BWS) regionalisiert nur auf Kreisebene vorliegen, solche Indikatoren wie BIP je Einwohner oder BIP je Erwerbstätigen jedoch auch Rückschlüsse auf Wertschöpfung, Wirtschaftskraft, Produktivität sowie Wohlstand und Lebensqualität der betreffenden Raumeinheiten zulassen, wurden diese wichtigen Indikatoren bei der vorliegenden Analyse auf der Kreisebene bewertet und dargestellt.

Die vergleichende räumliche Bestandsaufnahme, vor allem aber auch die Bewertung des Gesamttraumes, der Länder, Teilräume und Ämter/amtsfreien Gemeinden sowie Schlussfolgerungen zu Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken erfordern nicht nur eine Status-Quo-Erfassung, sondern auch die gleichwertige Einbeziehung des Entwicklungsaspektes in die Analyse der einzelnen Strukturen. Dies geschieht bei der vorliegenden Strukturanalyse durch Aggregation eines den Ist-Zustand widerspiegelnden Bestandsindikator (z. B. Arbeitslosenrate: Arbeitslose je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter) mit einem entsprechenden Entwicklungsindikator (z. B. Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen 2004 gegenüber 1995). Dabei liegen jedoch nicht für alle Indikatoren über die drei Länder vergleichbare Daten zurückliegender Jahre auf Gemeindebasis vor bzw. lassen verschiedene Indikatoren (z. B. Kaufkraft) aufgrund ihrer Erfassungsmethodik keine Zeitreihenvergleiche zu.

Der Bestands- oder Potenzialindikator vermittelt in der Regel als Prozentanteil, Pro-Kopf-Zahl bzw. Saldo Aussagen zu Umfang oder Stärke von räumlichen Strukturen. Der entsprechende Entwicklungs- oder Dynamikindikator gibt die Veränderung des Status-Quo-Wertes gegenüber dem Wert eines zurückliegenden oder prognostizierten Jahres in Prozent wieder. Durch diese Herangehensweise der gleichrangigen Einbeziehung von Bestands- und Entwicklungsindikator werden bei oftmals unterschiedlichem Ausgangsniveau die strukturellen Nachteile der neuen Bundesländer gegenüber den alten abgemildert und im bundesweiten Vergleich etwas objektiviert.

Bewertungsmaßstab für alle verwendeten Indikatoren ist der Durchschnittswert Nordostdeutschlands. Dementsprechend werden sowohl Bestands- als auch Dynamikindikator jedes Amtes bzw. jeder amtsfreien Gemeinde am jeweiligen Durchschnitt Nordostdeutschlands normiert und in die Kategorien überdurchschnittlich, durchschnittlich und unterdurchschnittlich eingeteilt. Dementsprechend ergibt sich rein rechnerisch für die Bewertung bzw. das Ranking der Ämter/amtsfreien Gemeinden des Untersuchungsraumes folgende Klassifizierung:

1. Überdurchschnittliches Potenzial, überdurchschnittliche Dynamik
2. Überdurchschnittliches Potenzial, durchschnittliche Dynamik
3. Überdurchschnittliches Potenzial, unterdurchschnittliche Dynamik
4. Durchschnittliches Potenzial, überdurchschnittliche Dynamik
5. Durchschnittliches Potenzial, durchschnittliche Dynamik
6. Durchschnittliches Potenzial, unterdurchschnittliche Dynamik
7. Unterdurchschnittliches Potenzial, überdurchschnittliche Dynamik
8. Unterdurchschnittliches Potenzial, durchschnittliche Dynamik
9. Unterdurchschnittliches Potenzial, unterdurchschnittliche Dynamik

Analog erfolgt entsprechend den jeweiligen Indikatorenpaaren, da wo möglich oder angebracht, ein Benchmarking auf der Basis der Gewichtung am Bundesdurchschnitt. Auf der Grundlage der Potenzial- und Dynamikanalysen der verschiedenen Indikatoren wurde anschließend der Versuch einer Strukturraumtypisierung für Nordostdeutschland vorgenommen.

3 Der Raum, seine Nutzung und Kulturlandschaften

Die drei Länder Nordostdeutschlands nehmen mit rund 54.000 km² etwa 15% der Fläche der Bundesrepublik Deutschland ein und stellen mit 7,7 Mio. Einwohnern knapp über 9% der Bevölkerung. Damit ist Nordostdeutschland um gut ein Viertel kleiner als der größte deutsche Flächenstaat Bayern, aber immerhin noch 12% größer als das zweitgrößte Land Niedersachsen. Die Bevölkerungsdichte entspricht mit 143 Einwohnern je km² in etwa der Thüringens, beruht jedoch auf dem statistischen Effekt Berlins. Ohne Berlin ist die Bevölkerungsdichte Nordostdeutschlands nur halb so hoch wie die Schleswig-Holsteins. Im Ländervergleich weisen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zusammen mit 81 EW/km² mit großem Abstand die geringste Bevölkerungsdichte Deutschlands (231 EW/km², ohne Stadtstaaten: 215 EW/km²) auf. Auf der einen Seite kann die geringe Bevölkerungszahl bzw. Bevölkerungsdichte des nordostdeutschen Raumes im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsindikatoren wie z.B. geringerer Zersiedlung, Bodenversiegelung oder Landschaftszerschnittenheit als Stärke angesehen werden, auf der anderen Seite, auf die Kategorie (fehlendes) Humankapital reduziert, als Schwäche des Raumes ausgelegt werden.

Innerhalb Nordostdeutschlands ist zwischen Ostseeküstenanrainer- und den südlichen Lausitzgemeinden, beide mit in der Regel über dem Durchschnitt des Raumes liegenden Bevölkerungsdichten, ein Nord-Süd-Gefälle mit einer „inselartigen Erhebung“, dem engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin, erkennbar. Hier beträgt die Bevölkerungsdichte insgesamt 827 EW/km². Sie steigt im Metropolenkern Berlin auf knapp 3.800 EW/km² an und entspricht im Umland (Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes) mit 227 EW/km² in etwa dem Bundesdurchschnitt.

Fast zwei Drittel aller Ämter und amtsfreien Gemeinden liegen hinsichtlich ihrer Bevölkerungsdichte unter dem Mittel Nordostdeutschlands (ohne Berlin). Sie vereinen nicht ganz 40% der Einwohner des Raumes auf sich. Weitere 45% der Bevölkerung wohnen in einem Fünftel der Ämter und amtsfreien Gemeinden mit über 200 EW/km².

Die Siedlungsstruktur Nordostdeutschlands (ohne Berlin) ist äußerst kleinteilig und dispers. Die 4,3 Mio. Einwohner der beiden Flächenländer verteilen sich auf nahezu 10.000 Orts- und Gemeindeteile sowie sonstige Wohnplätze. Der Besiedlungsgrad, d. h. der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche, ist ohne Berlin mit 8% um mehr als ein Drittel geringer als der Bundesdurchschnitt. Ähnlich ist das Ver-

hältnis bebauter Fläche zur Freifläche. Mit nur 0,8 ist das Verhältnis in Nordostdeutschland etwa nur halb so hoch wie in Hessen bzw. liegt bei etwa einem Drittel des Wertes von Nordrhein-Westfalen (vgl. BBR 2006a). Bezogen auf die Landesfläche beträgt der Freiflächenanteil in Nordostdeutschland etwa 93 % und damit nur geringfügig mehr als der bundesdeutsche Durchschnitt (89 %). Pro Kopf jedoch entfällt mit mehr als 10.000 m² doppelt so viel Freifläche auf einen Einwohner wie in Bayern (Bundesrepublik unter 4.000 m²/EW). Während die Siedlungsdichte deutschlandweit etwa 1.800 Einwohner je km² Siedlungs- und Verkehrsfläche beträgt, sind es in Nordostdeutschland (ohne Berlin) nur gut 1.000 Einwohner.

Das überwiegend den nordostdeutschen Raum charakterisierende Norddeutsche Tiefland umfasst zahlreiche Landschaftstypen, die hier von den Küstenlandschaften bis zu offenen Kulturlandschaften reichen. Letztere sind in den beiden Flächenländern vor allem durch die Landwirtschaft geprägt. Während in Brandenburg rund die Hälfte der Landesfläche zumeist ackerbaulich genutzt wird, beträgt der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern nahezu zwei Drittel.

Große Bedeutung für einen wichtigen Wirtschaftszweig in beiden Ländern, den Tourismus, haben die Wald- und Wasserflächen. Die Waldgebiete nehmen mit über 15.000 km² etwas weniger als 30 % der Fläche Nordostdeutschlands ein, was etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt entspricht (Mecklenburg-Vorpommern: 21 %, Brandenburg: 35 %). Pro Kopf entfallen jedoch in Brandenburg knapp 4.000 m² und in Mecklenburg-Vorpommern 2.800 m² Waldfläche auf einen Einwohner. Dies ist jeweils das Dreifache bzw. Doppelte der Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Sachsen.

Der Anteil der Oberflächengewässer an der Landesfläche liegt in Nordostdeutschland doppelt so hoch wie im gesamtdeutschen Durchschnitt, wobei er in Mecklenburg-Vorpommern, als dem Flächenland mit dem höchsten Anteil in Deutschland, 5,5 % beträgt und in Brandenburg 3,4 %. In Mecklenburg-Vorpommern stehen, statistisch gesehen, jedem Einwohner 720 m² Wasserfläche zur Verfügung, in Brandenburg sind es immerhin noch 390 m² (Deutschland: 100 m², Nordrhein-Westfalen: weniger als 40 m²).

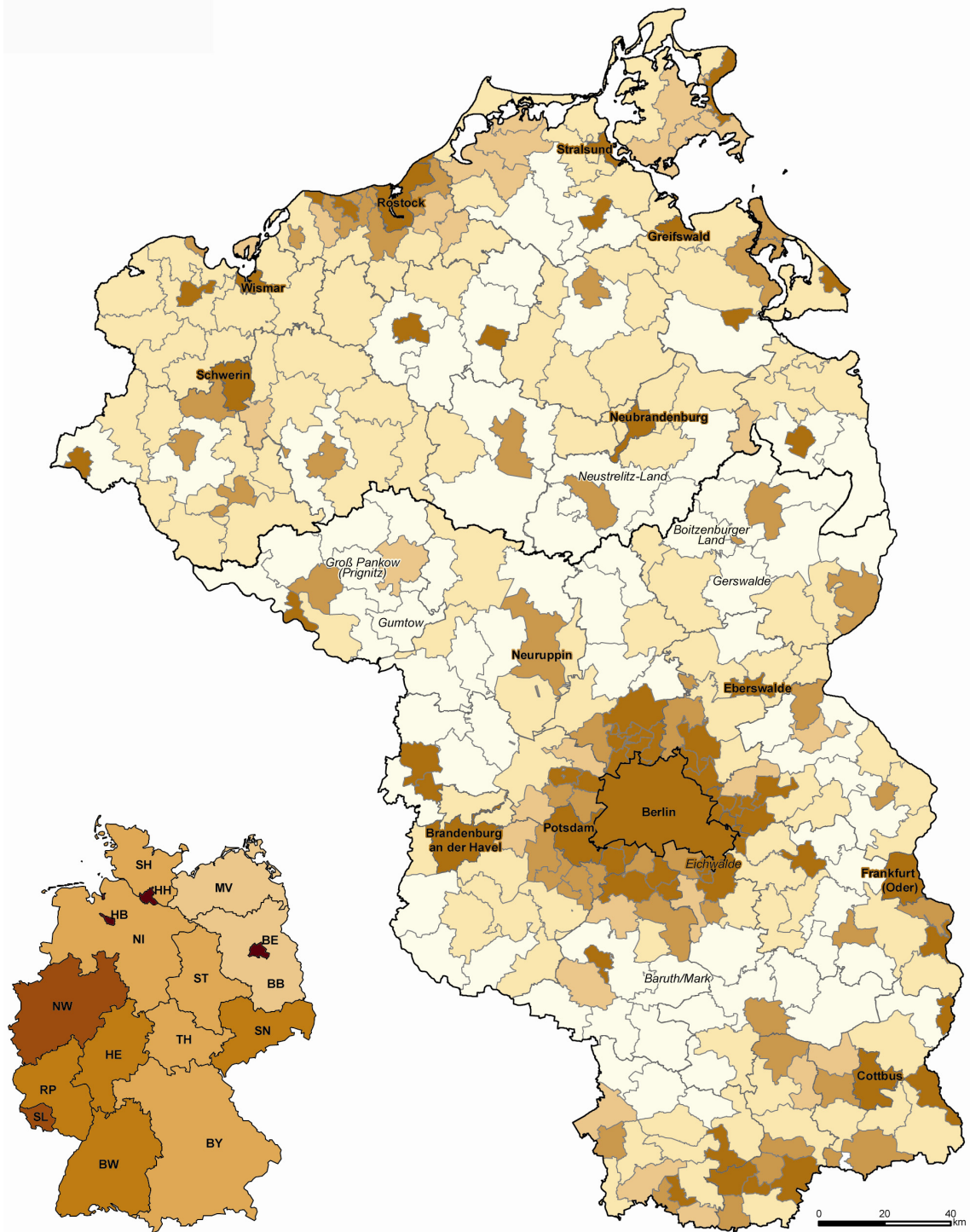
Eine wesentliche, im Zusammenhang mit der Flächennutzungsbilanz stehende Stärke Nordostdeutschlands liegt in der Vielfalt seiner Landschaften, der erlebbaren Umwelt des Menschen. Diese weisen im nordostdeutschen Raum eine bedeutend geringere Landschaftszerschneidung als in allen anderen Bundesländern auf. So beträgt der Anteil der „unzerschnittenen verkehrsarmen Räume über 100 km²“ an der Landesfläche (vgl. BfN 2006) in Brandenburg 57 % und in Mecklenburg-Vorpommern sogar 64 % (Deutschland: 27 %). In Bayern liegt der entsprechende Anteil dieser Landschaftskategorie bei 21 %, in Nordrhein-Westfalen gar bei weniger als 4 %. Der mittlere Zerschneidungsgrad (ausgedrückt durch die „effektive Maschenweite“, die als errechneter Mittelwert die Größe dieser Teilräume, die Struktur der Zerschneidung durch Verkehrsnetze, Ortslagen etc. berücksichtigt) beträgt in Nordostdeutschland mit über 160 km² mehr als das Doppelte des bundesdeutschen Durchschnitts oder mehr als das Fünffache Nordrhein-Westfalens (vgl. BfN 2006). Damit bilden die großen unzerschnittenen Räume Nordostdeutschlands nicht nur gute Voraussetzungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt, sondern stellen, da weniger zersiedelt und versiegelt, zerschnitten und verlärmert, auch eine wichtige und nachhaltige Grundlage für die Lebensqualität ihrer Bewohner und den Erholungswert ihrer Kulturlandschaften dar.

Nirgendwo in Deutschland ist aus naturschutzfachlicher Sicht der Flächenanteil besonders schutzwürdiger Landschaften so hoch wie im nordostdeutschen Raum (vgl. BfN 2004). Dies findet seinen Niederschlag auch bei der Ausweisung von Schutzgebieten. So ist ein Drittel der Fläche Nordostdeutschlands Landschaftsschutzgebiet. Nicht nur der Natur- und Landschaftsschutz, sondern vor allem auch die Bewahrung der Vielfalt der unterschiedlichen Kulturlandschaften spielten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bei der Festlegung von Großschutzgebieten eine wesentliche Rolle. Mit 26% werden mehr als ein Viertel des gemeinsamen Territoriums der beiden Länder (Mecklenburg-Vorpommern ohne marine Hoheitsgewässer, die nicht zur statistisch erfassten Landesfläche gehören) durch Großschutzgebiete eingenommen, was etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt entspricht (vgl. LUA 2004).

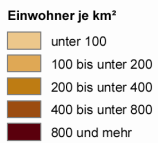
Das System der Großschutzgebiete umfasst in Nordostdeutschland vier Nationalparke. Dies sind in Mecklenburg-Vorpommern mit der Vorpommerschen Boddenlandschaft (84% Wasserfläche) und Jasmund (22% Wasserfläche) zwei besonders schutzwürdige Küstenlandschaften und Deutschlands größter, der Müritz-Nationalpark. In Brandenburg wurde mit dem Unteren Odertal eine in Europa einzigartige Flussauenlandschaft als Nationalpark ausgewiesen. Der Spreewald, Schorfheide-Chorin, Schaalsee, Flusslandschaft Elbe und Südost-Rügen sind die fünf durch die UNESCO in Nordostdeutschland anerkannten Biosphärenreservate. Weitere 16 Naturparke nehmen zusammen eine Fläche von fast 10.000 km² ein. Mit ihrem vielfältigen Naturraumpotenzial stellen sie fast ausnahmslos ein Abbild der schönsten und attraktivsten Erholungslandschaften dar. So gehören solche Naturparke wie Insel Usedom, Feldberger Seenlandschaft, Stechlin-Ruppiner Land, Mecklenburgische und Märkische Schweiz oder Dahme-Heidensee gleichzeitig mit zu den meistbesuchten Tourismuszielen und Reisegebieten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Dies gilt teilweise, außerhalb der jeweiligen Kernzone, ebenfalls für die Biosphärenreservate und Nationalparke. Auch nehmen nordostdeutsche Großschutzgebiete wie z.B. der Müritz-Nationalpark oder Spreewald im Bereich des Ökotourismus bundesweit eine Vorreiterrolle ein bzw. sind auf dem Gebiet des Wasser- oder Radwanderns Modellregionen für einen naturverbundenen Tourismus.

Die Großschutzgebiete sind wichtige „Anker“ in den ländlichen Räumen der beiden Flächenländer. Durch Förderung der ökologischen Landnutzung, der Entwicklung von Regionalmarken (bis hin zur ihrer Vermarktung) und durch ein breit gefächertes, naturbezogenes Tourismusangebot tragen sie gerade auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten zu deren wirtschaftlicher Stabilisierung und Entwicklung bei. Die Großschutzgebiete leisten durch ihre nachhaltige Regionalentwicklung einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung historischer Kulturlandschaften in Nordostdeutschland und bilden damit eine Grundlage zur Aufrechterhaltung dieses Bereiches von „weichen Standortfaktoren“, der in der jüngsten Vergangenheit auch für Ansiedlungsvorhaben zunehmend eine größere Rolle spielt.

Abb. 1: Einwohnerdichte 2004

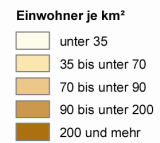


Bundesrepublik Deutschland



Bundesrepublik	Einwohnerdichte in EW je km ² 2004		Nordostdeutschland
231	Ø	143	81 (ohne Berlin)
74 (Mecklenburg-Vorpommern)	Min.	19 (Baruth/Mark /Brbg. Boitzenburger Land /Brbg. Gerswalde /Brbg. Groß Pankow /Brbg. Gumtow /Brbg. Neustrelitz-Land /MV)	
3.799 (Berlin)	Max.	2.134 (Eichwalde /Brbg.)	3.799 (Berlin)

Nordostdeutschland



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbewachung 11/2006

4 Bevölkerung und Demografischer Wandel

Die Auswahl der Indikatoren zur Bewertung der demografischen Strukturen Nordostdeutschlands unterhalb der Kreisebene sollten verschiedene Facetten der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung beleuchten. Für eine strukturräumliche Analyse sind demografische Indikatoren allein nicht ausreichend. Deshalb ist der nachfolgende Artikel zu den sozioökonomischen Strukturen für die Gesamtbetrachtung unerlässlich. Damit ist auch verständlich, weshalb der Versuch einer Typisierung erst in Teil 2 erfolgt. Auch im Bereich der demografischen Indikatoren kann, um die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Bundesländern zu ermöglichen, nur auf die zur Verfügung stehenden Daten der amtlichen Statistik auf Gemeindeebene zurückgegriffen werden.

Die Bevölkerung ist für eine räumliche Strukturanalyse der wesentlichste Indikator. Wenn in abgegrenzten Räumen von Potenzialen und Defiziten, Stärken und Schwächen oder von Chancen und Risiken ihrer Entwicklung gesprochen wird, spielen der Mensch, die Standorte seiner Tätigkeit, die Größe seines Aktions- und Kommunikationsraumes und vieles mehr eine herausragende Rolle. Der seit einigen Jahren in ganz Deutschland zu beobachtende demografische Wandel hat einschneidende Auswirkungen nicht nur auf das gesamte den Menschen umgebende gesellschaftliche und räumliche Gefüge, sondern letztlich auch auf ihn selbst. Die Folgen des demografischen Wandels – Bevölkerungsrückgang, Vergreisung und Entleerung – sind in Nordostdeutschland schon jetzt stärker spürbar als in anderen Landesteilen. Aus den enormen Bevölkerungsverlusten und selektiven Abwanderungen kann weder hier noch anderswo in Ostdeutschland eine Chance abgeleitet werden. Aufgabe der Landesregierungen, insbesondere der Raumordnung ist es, die Formen der Daseinsvorsorge den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, was, bezogen auf die neuen raumordnerischen Leitbilder und das dort erneut fixierte Ausgleichsprinzip keinen „Paradigmenwechsel“ sondern eine „Neujustierung“ darstellt (vgl. Heinrichs 2006). Die neu aufgestellten raumordnerischen Instrumentarien und Förderstrategien zeigen, dass sich Nordostdeutschland dabei auf Erfolg versprechendem Kurs befindet und in der Lage sein wird, auch die Folgen des demografischen Wandels zu mildern.

Tab. 2: Ausgewählte Bevölkerungskennziffern

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland	Deutschland
Bevölkerung (1.000)					
1993	1.843	2.537	3.475	7.855	81.338
2000	1.775	2.602	3.382	7.759	82.260
2004	1.720	2.568	3.388	7.676	82.501
2005	1.707	2.559	3.395	7.661	82.438
2006	1.693	2.547	3.404	7.464	82.314
Bevölkerungsentwicklung (%)					
1993 bis 2006	-8,1	0,4	-2,0	-5,0	1,2

Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes

Die Bevölkerungsentwicklung ist in Deutschland seit 1990 durch Verluste in den neuen Ländern charakterisiert. Aber auch alte Bundesländer wie Bremen und das Saarland sind von Bevölkerungsrückgängen betroffen. Berlin konnte seinen Bevölkerungsstand in etwa halten. Im Bundesländervergleich verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt die höchsten Bevölkerungsrückgänge. Insgesamt hat

Deutschland seit 1993 Bevölkerungsgewinne von ca. 1 Mio. Personen (1,2%), die im Saldo ausschließlich den alten Bundesländern zugute kamen.

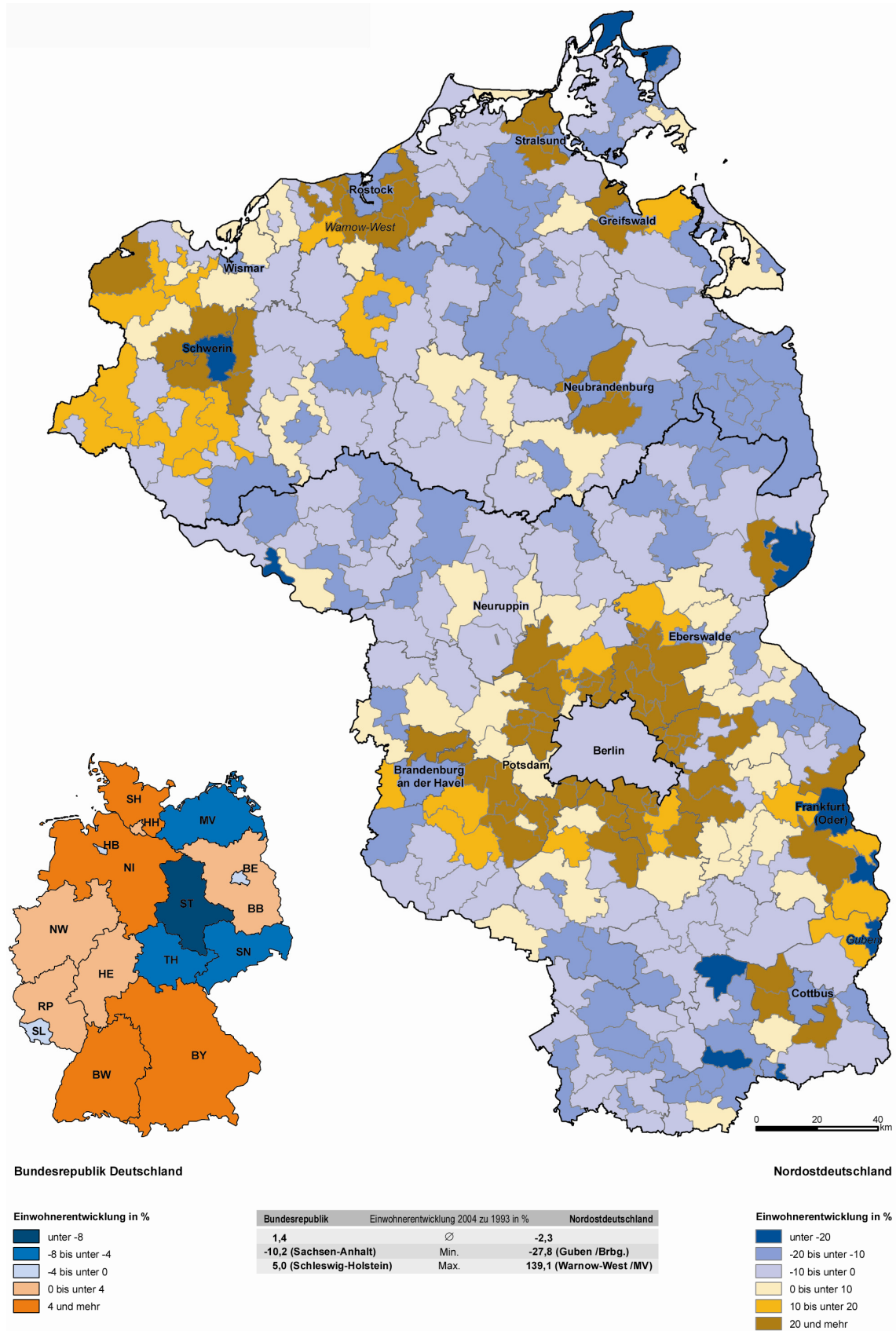
Die demografische Entwicklung verläuft sowohl in ganz Deutschland als auch in Nordostdeutschland regional unterschiedlich. Regionen mit Bevölkerungswachstum stehen andere mit teils erheblichen Bevölkerungsverlusten gegenüber. Die relativ günstigen Zahlen für Brandenburg sind ausschließlich auf die Stadt-Umland-Wanderungen aus Berlin zurückzuführen.

Nach Kreisen ergibt sich für Nordostdeutschland folgendes Bild: Die höchsten Bevölkerungsverluste weisen die kreisfreien Städte auf. Die Stadt-Umland-Wanderung und der allgemeine Fortzug insbesondere in die alten Bundesländer haben in den kreisfreien Städten mit Ausnahme von Berlin und Potsdam zu Rückgängen der Einwohnerzahlen von mehr als 18% geführt. Die größten Bevölkerungsverluste sind in Frankfurt (Oder) mit 24,3% und Schwerin mit 23,8% aufgetreten. Im Gegensatz dazu gibt es eine Reihe von Landkreisen mit Bevölkerungsgewinnen seit 1990. Dazu gehören in Mecklenburg-Vorpommern die Landkreise Bad Doberan, der als „Mantelkreis“ um die Hansestadt Rostock herum den größten Teil der Stadt-Umland-Wanderung verbuchen konnte, sowie Ludwigslust und Nordwestmecklenburg. Letztere verfügen als Stadt-Umland-Räume für die Städte Schwerin, Wismar und Lübeck über eine Lagegunst im Sinne der Suburbanisierung, sind gleichzeitig aber auch Wohnort für 22.000 Auspendler nach Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

In Brandenburg gehören die an Berlin und Potsdam grenzenden Landkreise Teltow-Fläming, Potsdam-Mittelmark und Oberhavel zu den Kreisen mit Bevölkerungsgewinnen. Die Landkreise zwischen den Zentren sind ebenfalls durch Bevölkerungsverluste gekennzeichnet. Diese liegen zwischen 10% und 17%. Auf Gemeinde- bzw. Ämterebene heruntergebrochen werden große Bereiche sichtbar, die in Nordostdeutschland in Größenordnungen Einwohner verlieren. Daneben sind aber auch kleinere Bereiche mit Einwohnerzuwächsen feststellbar. Dies sind die Umlandbereiche von kreisfreien Städten, Oberzentren und zum Teil auch Mittelzentren. Für die Gesamtbilanz Nordostdeutschlands spielt dies jedoch keine Rolle, da diese Gewinne infolge Wohnsuburbanisierung aus den jeweiligen Kernstädten stammen. So zogen seit 1991 mehr als 5.000 Personen aus dem Oberzentrum Cottbus in das westlich benachbarte Kolkwitz. Den größten Einwohnergewinn mit fast 140% kann das Amt Warnow-West im direkten Umland der Stadt Rostock aufweisen. Verdoppelt haben sich die Einwohnerzahlen der amtsfreien Gemeinden Ahrensfelde und Hoppegarten im Umland von Berlin, aber auch von Strahlendorf im Umland von Schwerin sowie Carbak und Bad-Doberan-Land im Umland von Rostock.

Dagegen musste die Stadt Guben in Brandenburg mit 28% den höchsten Einwohnerverlust verkräften. Aber auch andere, wie die Brandenburger Städte Eisenhüttenstadt und Schwedt/Oder oder Pasewalk und Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern haben seit 1995 Bevölkerungsverluste von mehr als 20% hinnehmen müssen. Allgemein ist die Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten am ungünstigsten. Weiterhin sind starke Bevölkerungsverluste in den peripher gelegenen ländlichen Räumen Nordostdeutschlands zu verzeichnen. Dazu gehören insbesondere die Ämter in den Landkreisen Uecker-Randow und Demmin sowie Elbe-Elster und Prignitz.

Abb. 2: Einwohnerentwicklung 2004 gegenüber 1993



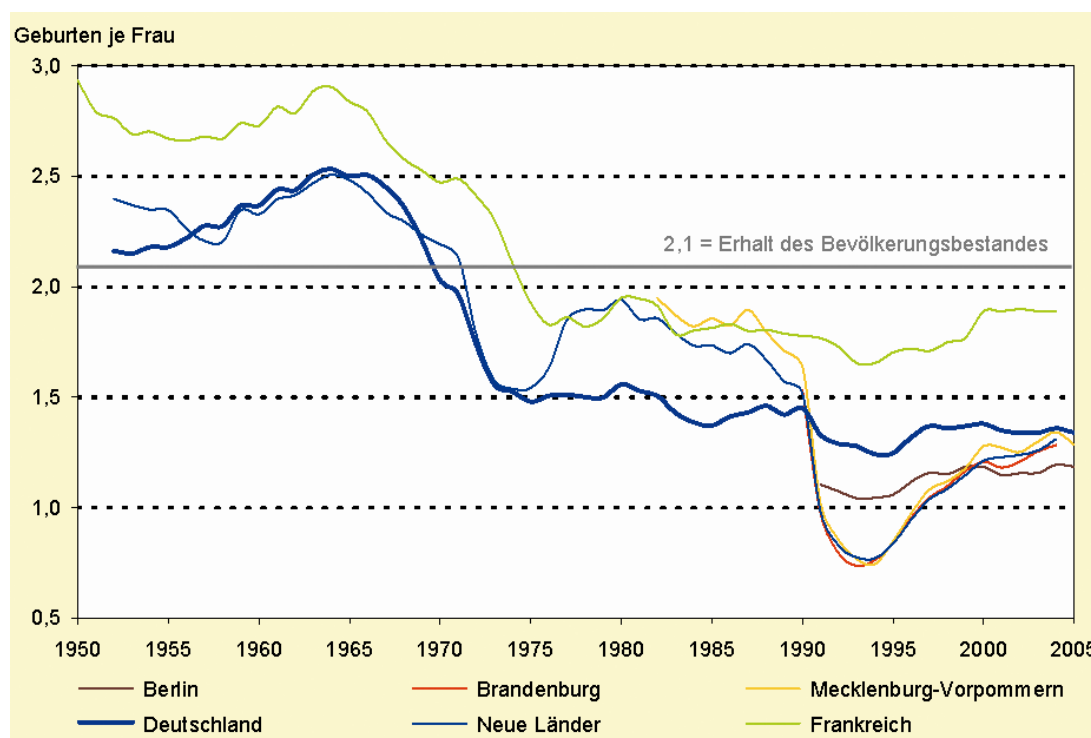
Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbearbeitung 11/2006

4.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Die Ursachen für diese Bevölkerungsentwicklung sind u. a. natürlichen Ursprungs. Zur einfachen Reproduktion der Bevölkerung werden statistisch 2,1 Kinder pro Frau benötigt. Liegt die Geburtenrate unterhalb dieser Schwelle, schrumpft die Bevölkerung langfristig. Die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer zeigt für ganz Deutschland ähnlich wie in Frankreich, dass in den 1950ern und Anfang der 1960er Jahre noch überall in Deutschland die Werte über der Bestandserhaltung lagen. Doch spätestens Ende der 1960er Jahre setzte sowohl in der damaligen Bundesrepublik als auch in der DDR ein deutlicher Rückgang der Geburten ein („Pillenknick“). Der Geburtenrückgang wurde in den heutigen neuen Bundesländern ab Mitte der 1970er Jahre durch die Einführung der sogenannten „Sozialpolitischen Maßnahmen“ abgeschwächt. So war hier bis zum Ende der 1970er Jahre ein signifikanter Anstieg festzustellen. Das Ausgangsniveau bzw. die für den Erhalt der Bevölkerung wichtige Marke von 2,1 Kindern pro Frau wurde dabei aber auch hier klar verfehlt.

In den 1980er Jahren ging die zusammengefasste Geburtenziffer im heutigen Nordostdeutschland und den neuen Bundesländern wieder zurück. Seit 1990 sank sie dann in kürzester Zeit auf einen historischen Tiefstand. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erreichten mit dem Jahr 1993 eine Geburtenziffer von 0,7, die damit um die Hälfte unter dem damals schon sehr niedrigen durchschnittlichen Niveau Deutschlands lag. Derzeit haben Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit etwa 1,3 eine Geburtenziffer, die nur noch knapp unter bundesdeutschem Durchschnittsniveau von 1,37 liegt. Im Ländervergleich verzeichnet Berlin mit 1,17 die geringste Geburtenziffer Deutschlands. Perspektivisch wird sich daran auch wenig ändern. Das Statistische Bundesamt geht von einer leichten Steigerung bis 2050 aus (rund 1,4 bis 1,6). Damit wird die Geburtenziffer in Deutschland wie auch in Nordostdeutschland für die nächsten Jahrzehnte weit unterhalb der notwendigen Reproduktionsrate liegen.

Abb. 3: Zusammengefasste Geburtenziffer 1950–2005



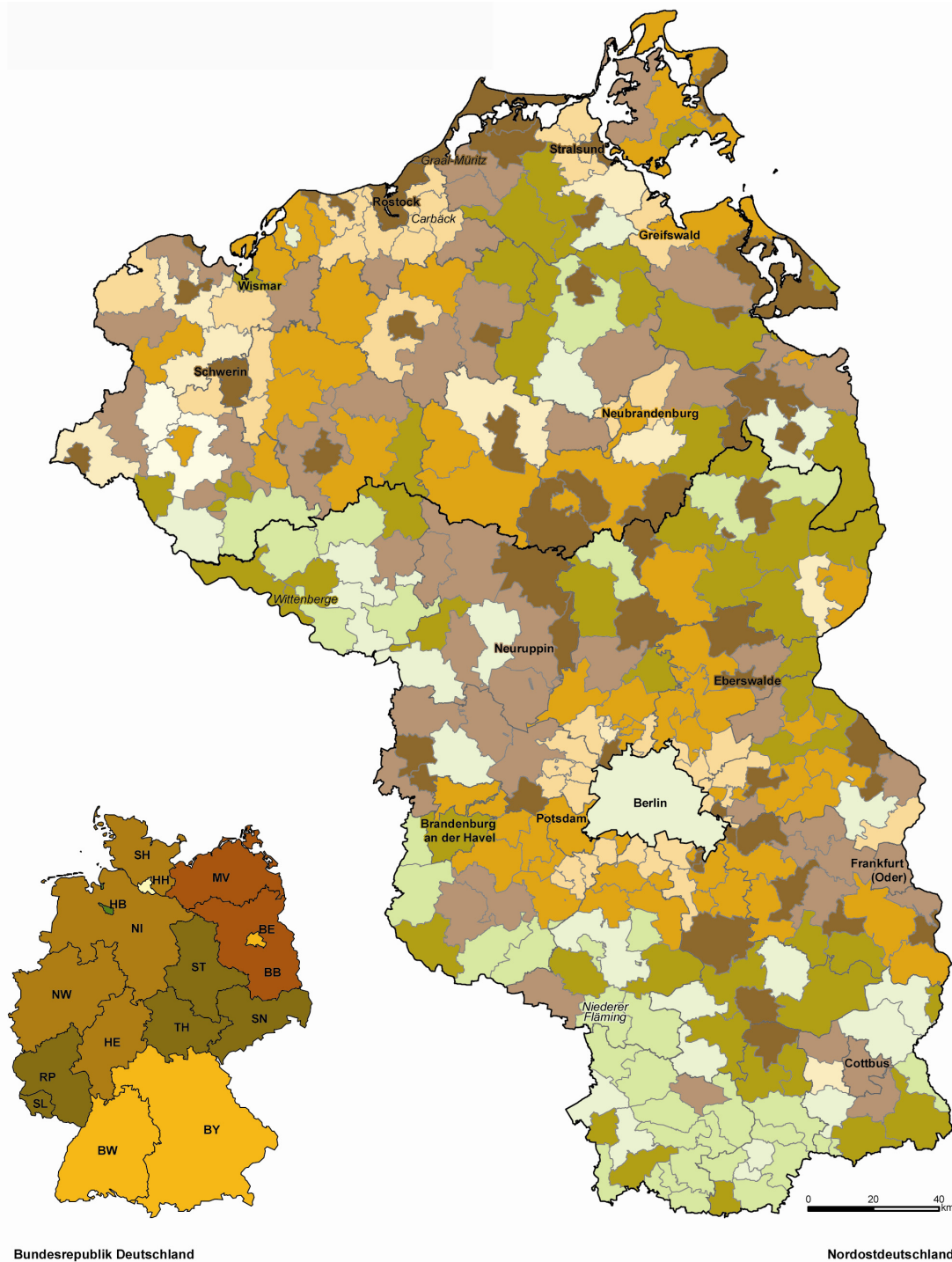
Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes

Neben der Fertilität beeinflusst immer mehr die Mortalität die Bevölkerungsentwicklung insbesondere in den neuen Bundesländern. Nordostdeutschland hat sich in den letzten Jahren zu einer der „ältesten“ Regionen innerhalb Deutschlands entwickelt. Seit 1990 hat sich das Durchschnittsalter in Deutschland um fast drei Jahre erhöht und beträgt jetzt etwa 42 Jahre. Dieser Alterungsprozess lief in den neuen und alten Bundesländern unterschiedlich ab. Betrag der Alterungsprozess in Westdeutschland aufgrund der enormen Zuwanderung aus den neuen Ländern nur rund zwei Jahre, alterte die Bevölkerung in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum um etwa sechs Jahre. Somit ist nachvollziehbar, dass das gegenwärtige Durchschnittsalter in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit mehr als 43 Jahren schon über dem Bundesdurchschnitt liegt. Lebte die jüngste Bevölkerung 1990 noch in den heute kreisfreien Städten (z. B. betrug das Durchschnittsalter in Neubrandenburg 32,4 Jahre), so findet man heute die jüngste Bevölkerung in Universitätsstädten wie Greifswald (41,5) oder in Stadt-Umland-Kreisen wie Bad Doberan (42,2) oder Nordwestmecklenburg (41,7).

Des Weiteren werden die räumlich durchaus differenziert auftretenden Auswirkungen des demografischen Wandels klein- wie auch großräumig bereits jetzt schon durch die unterschiedlichen Altenquoten zum Ausdruck gebracht. Nicht unerwartet haben gerade die Städte die höchsten Anteile von Personen über 65 Jahren, die schon die höchsten Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben. In diesem Sinne führt Bevölkerungsrückgang zwangsläufig zur Überalterung.

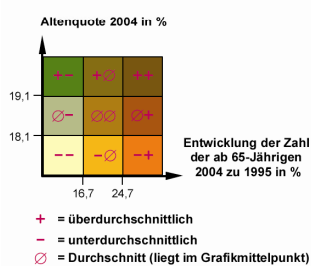
Das Statistische Bundesamt hat für 2020 einen Anteil der über 65-Jährigen in Deutschland von über 23% prognostiziert. Dieser Anteil wird bereits heute in den Ämtern bzw. amtsfreien Gemeinden Saßnitz, Oderberg, Dahme/Mark, Lauchhammer, Premnitz, Graal-Müritz und Wittenberge überschritten. Die altersstrukturellen Auswirkungen, die Deutschland noch bevorstehen, sind dort bereits eingetreten. Berücksichtigt man, dass die neuen Bundesländer 1990 eine vergleichsweise günstige Altersstruktur aufwiesen, so hat sich diese Altersstrukturverschiebung in sehr kurzer Zeit vollzogen. Ein Rückgang des Altenquotienten konnte nur im direkten Stadt-Umland-Bereich von Berlin (Ahrensfelde, Oberkrämer, Großbeeren, Wustermark und Hoppegarten) nachgewiesen werden. Andere Ämter in den Stadt-Umland-Bereichen Nordostdeutschlands partizipieren an der Stadt-Umland-Wanderung in der Art, dass dort nur eine unterdurchschnittliche Zunahme des Altenquotienten zu verzeichnen ist, wie z. B. in Stralendorf im Schweriner Umland, Neuhausen-Spree im Umland von Cottbus oder Altenpleen nahe Stralsund.

Abb. 4: Altenquote 2004 und Entwicklung der Zahl der ab 65-Jährigen gegenüber 1995

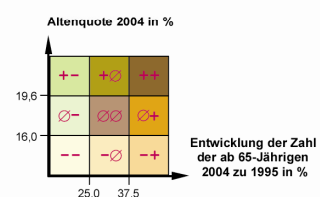


Bundesrepublik Deutschland

Nordostdeutschland



Bundesrepublik	Altenquote 2004 in %	Nordostdeutschland
18,6	Ø 17,8	
16,6 (Berlin)	Min. 9,2 (Carbäck /MV)	
21,5 (Sachsen)	Max. 27,1 (Wittenberge /Brbg.)	
Entwicklung der Zahl der ab 65-Jährigen 2004 zu 1995 in %		
20,7	Ø 31,2	
7,1 (Hamburg)	Min. 9,5 (Niederer Fläming /Brbg.)	
42,3 (Mecklenburg-Vorpommern)	Max. 129,8 (Graal-Müritz /MV)	



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbearbeitung 12/2006

4.2 Räumliche Bevölkerungsentwicklung

Neben der Anpassung an das generative Verhalten der alten Bundesländer zu Beginn der 1990er Jahre und der enormen Steigerung der mittleren Lebenserwartung beeinflusst die selektive Migration die demografischen Prozesse in den neuen Ländern. Dabei schlägt die „selektive Abwanderung insbesondere nach Alter, Geschlecht und Qualifikation tiefe Kerben in den Stamm des Lebensbaums“ (vgl. Weiß et. al 2007).

Für das Verständnis der Migrationsbewegungen ist die Analyse der Quell-Ziel-Relation (Wanderungsrichtungen) unerlässlich. Dabei wird zwischen Wanderungen über die Landesgrenzen innerhalb Deutschlands und solchen innerhalb des Bundeslandes unterschieden. Bei der Wanderung über die Bundesländergrenzen wird als Außenwanderung ausschließlich der Teil der Fort- und Zuzüge bezeichnet, der die deutsche Staatsgrenze überschreitet. Das beinhaltet sowohl die Zu- und Fortzüge von Deutschen als auch Ausländern aus bzw. nach Deutschland. Als Binnenwanderungen dagegen werden alle Zu- und Fortzüge innerhalb Deutschlands über die Landesgrenzen, also zwischen den Bundesländern bezeichnet. Die in der vorliegenden Analyse ausgewiesenen Binnenwanderungen innerhalb Norddeutschlands enthalten keine Zu- und Fortzüge aus den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (siehe Tab. 3). Die Wanderungssalden auf Basis der Ämter und amtsfreien Gemeinden enthalten neben der Außen- und Binnenwanderung auch die Fort- und Zuzüge der Ämter und amtsfreien Gemeinden Nordostdeutschlands untereinander. Außenwanderungen spielen für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg kaum eine Rolle. Der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung liegt hier zwischen zwei und drei Prozent. In fast allen Jahren gab es mehr Zuzüge als Fortzüge aus dem resp. in das Ausland, sodass in der Summe von 1991 bis 2004 ein Wanderungsgewinn in Mecklenburg-Vorpommern von etwa 42.000 Personen und in Brandenburg von fast 140.000 Personen nachweisbar ist, wobei die relativ hohe Zahl Brandenburgs (in geringerer Dimension auch für Mecklenburg-Vorpommern) vor allem durch Lenkung (Zuweisung) der Aussiedler- und Asylbewerberströme zustande kam. So bestand in Dranse (heute Ortsteil von Wittstock) bis 1999 eine Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Aussiedler der Bundesrepublik Deutschland, in der zum großen Teil die „Außenwanderer“ ankamen und sie entsprechend einer Quotierung als „Binnenwanderer“ in alle Bundesländer wieder verließen.

In den letzten Jahren ist der Zuzug nach Deutschland generell und damit auch nach Nordostdeutschland stetig zurückgegangen. Der positive Wanderungssaldo ging von rund 400.000 (1995) auf unter 80.000 (2005) zurück und ist u. a. auch auf den Rückgang der Aussiedler aus den früheren Sowjetrepubliken zurückzuführen. Mecklenburg-Vorpommern hat noch leichte Gewinne durch Außenwanderungen, in Brandenburg wurden dagegen im Jahr 2005 erstmals leichte Verluste festgestellt. In Berlin spielt dagegen die Außenwanderung eine bedeutend größere Rolle. Gegenwärtig leben rund 450.000 Ausländer in Berlin (13,3%). Der Wanderungssaldo betrug in den letzten beiden Jahren jeweils mehr als 10.000 Personen.

Prägnant sind dagegen die Binnenwanderungen, d. h. die Wanderungen über die Landesgrenzen innerhalb Deutschlands. Die Wanderungsbewegungen in Mecklenburg-Vorpommern waren zu Beginn der 1990er Jahre durch hohe Fortzüge und geringe Zuzüge gekennzeichnet. Danach folgte eine Phase der Entspannung mit geringen negativen Wanderungssalden Mitte der 1990er Jahre. Doch bereits vor der Jahrtausendwende stiegen die Wanderungsverluste wieder stark an. Hintergrund ist das Eintreten der starken Geburtenjahrgänge in das Erwerbsleben. Im Saldo sind nahezu jedes Jahr deutliche Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen. Brandenburg partizipiert insbesondere in den an Berlin angrenzenden Landkreisen von den Zuzügen aus Berlin.

Diese Stadt-Umland-Wanderung begann 1993 und erreichte 1998 ihren Höhepunkt. Seitdem hat sich eine stabile Zuwanderung von etwa 28.000 Personen pro Jahr in den engeren Verflechtungsbereich um die hauptstädtische Metropole eingestellt. Der äußere Entwicklungsraum partizipiert an dieser Entwicklung in geringerem Maße mit nur rund 6.000 Personen pro Jahr (vgl. LBV 2007). Der Rückgang der Zuzüge aus Berlin wird u. a. mit einem Überangebot im neu errichteten Geschosswohnungsbau und dem Auslaufen der steuerlichen Fördermöglichkeiten erklärt. Das Land Brandenburg verliert umgekehrt pro Jahr auch etwa 17.000 Personen an die Stadt Berlin. Seit 2003 liegt die Anzahl der Fortzüge bei rund 23.000 Personen pro Jahr. Somit sind auch die Rückgänge in den Wanderungssalden erklärbar.

Tab. 3: Binnenwanderung über Landesgrenzen

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland*
Zuzüge				
1995	23.649	52.423	57.092	82.417
2004	25.850	58.243	73.204	88.555
2005	24.771	64.975	74.490	97.212
2006	23.529	52.399	77.630	94.891
Fortzüge				
1995	27.910	44.553	69.310	91.026
2004	34.701	57.501	82.337	105.797
2005	32.754	65.111	78.818	109.659
2006	33.265	55.444	75.675	105.717
Wanderungssaldo				
1995	-4.261	7.870	-12.218	-8.609
2004	-8.851	742	-9.133	-17.242
2005	-7.983	-136	-4.328	-12.447
2006	-9.736	-3.045	1.955	-10.826

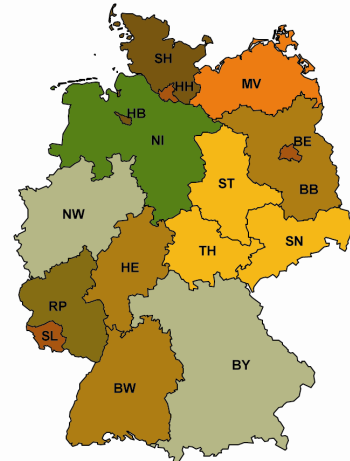
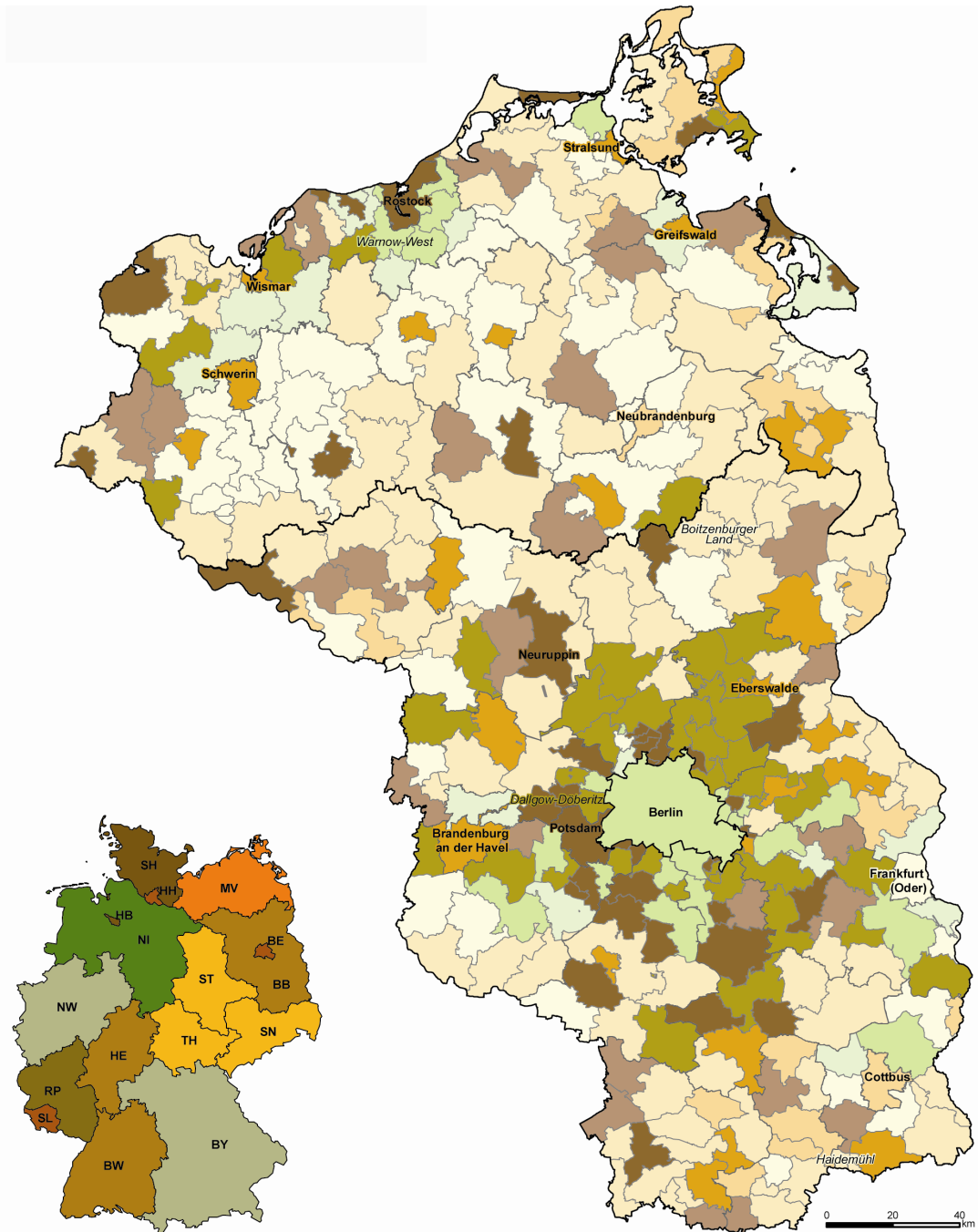
* Wanderungen innerhalb Nordostdeutschlands herausgerechnet

Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes; eigene Berechnungen

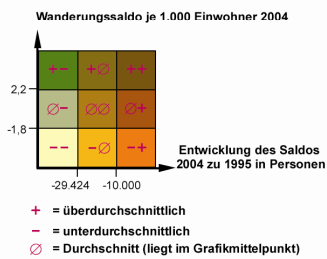
In Mecklenburg-Vorpommern ist seit den letzten Jahren ein Rückgang der Suburbanisierung festzustellen. Im Jahr 2005 konnten alle kreisfreien Städte mit Ausnahme von Schwerin und Neubrandenburg leichte Wanderungsgewinne verzeichnen, die aus den Umlandkreisen stammen. Somit sind die leichten Wanderungsverluste der Landkreise Nordwestmecklenburg und Mecklenburg-Strelitz nachvollziehbar.

Eine weitere Regionalisierung der Wanderungen bis auf die Ebene der Ämter und amtsfreien Gemeinden rückt die Umzüge innerhalb der Bundesländer in den Fokus der Betrachtung. Dieser Wanderungsstrom beeinflusst das kleinräumige Wanderungsgeschehen erheblich. Das Volumen ist u. a. aufgrund der nun berücksichtigten Stadt-Umland-Wanderungen innerhalb der Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern um ein Vielfaches höher (Mecklenburg-Vorpommern: ca. 56.000 Umzüge im Jahr 2006). Die Zahlen auf Ämterbasis deuten auf den bereits erwähnten leichten Trend der Reurbanisierung hin.

Abb. 5: Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 und Entwicklung des Saldos gegenüber 1995

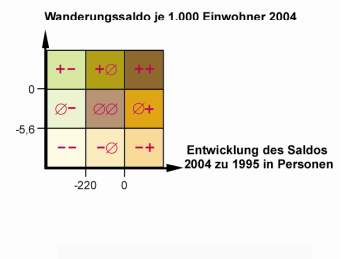


Bundesrepublik Deutschland



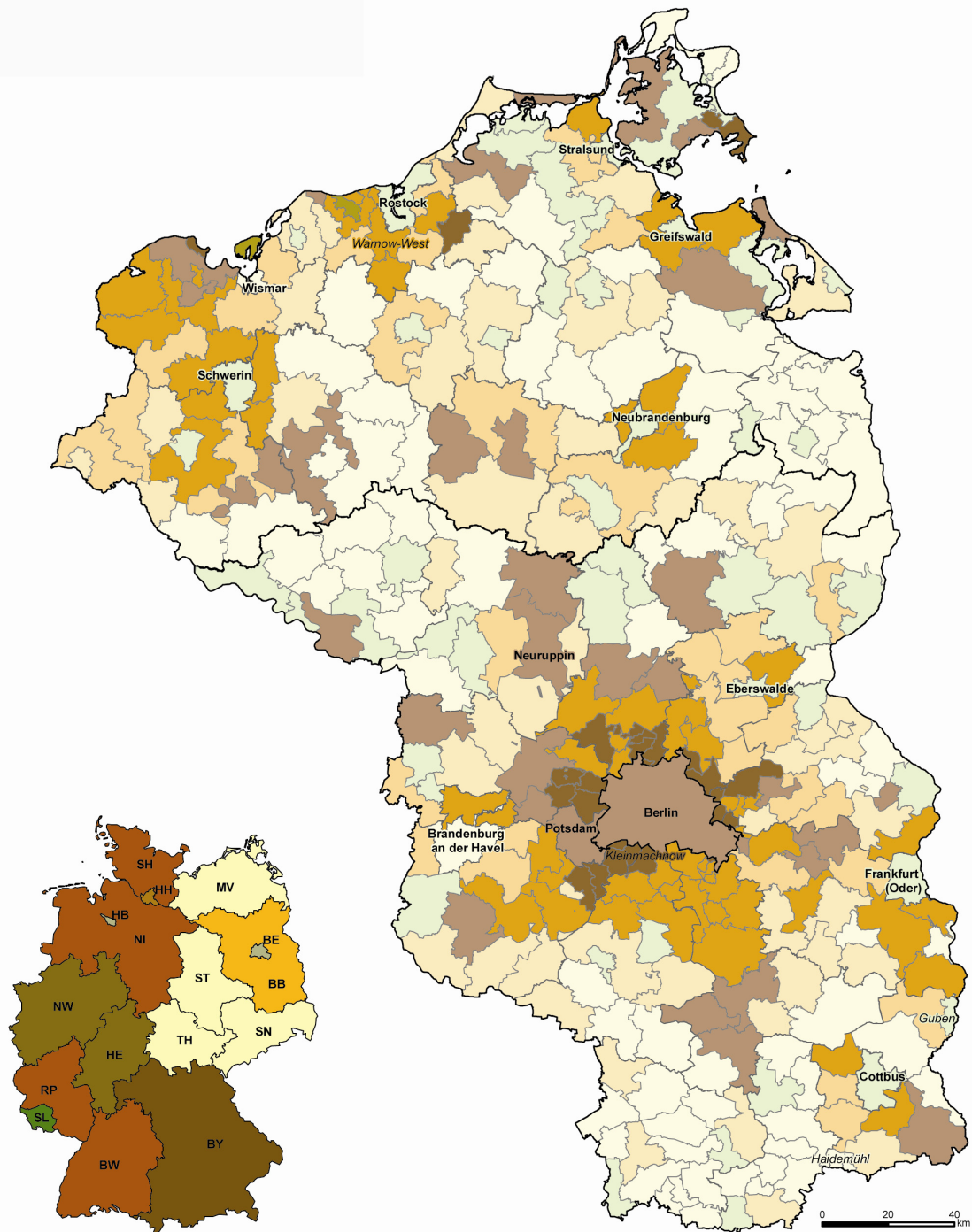
Bundesrepublik	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004	Nordostdeutschland
0,2	Ø -2,8	
-6,7 (Sachsen-Anhalt)	Min. -116,9 (Haidemühl /Brbg.)	
3,9 (Schleswig-Holstein)	Max. 46,1 (Dallgow-Döberitz /Brbg.)	
Entwicklung des Saldos 2004 zu 1995 in Personen		
-19.172	Ø -110	
-65.761 (Nordrhein-Westfalen)	Min. -8.320 (Berlin)	
765 (Bremen)	Max. 5.134 (Rostock /MV)	

Nordostdeutschland



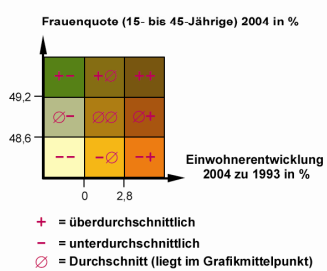
Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbeobachtung 12/2006

Abb. 6: Frauenquote 2004 und Einwohnerentwicklung gegenüber 1993



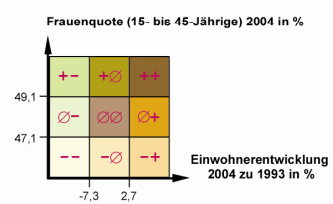
Bundesrepublik Deutschland

Nordostdeutschland



Bundesrepublik	Frauenquote (15- bis 45-Jährige) 2004 in %	Nordostdeutschland
48,9	Ø	48,1
47,2 (Mecklenb.-Vorp., Thüring.)	Min.	40,7 (Haidemühl /Brbg.)
49,4 (Hessen)	Max.	51,8 (Kleinmachnow /Brbg.)

Einwohnerentwicklung 2004 zu 1993 in %		
1,4	Ø	-2,3
-10,2 (Sachsen-Anhalt)	Min.	-27,8 (Guben /Brbg.)
5,0 (Schleswig-Holstein)	Max.	139,1 (Warnow-West /MV)

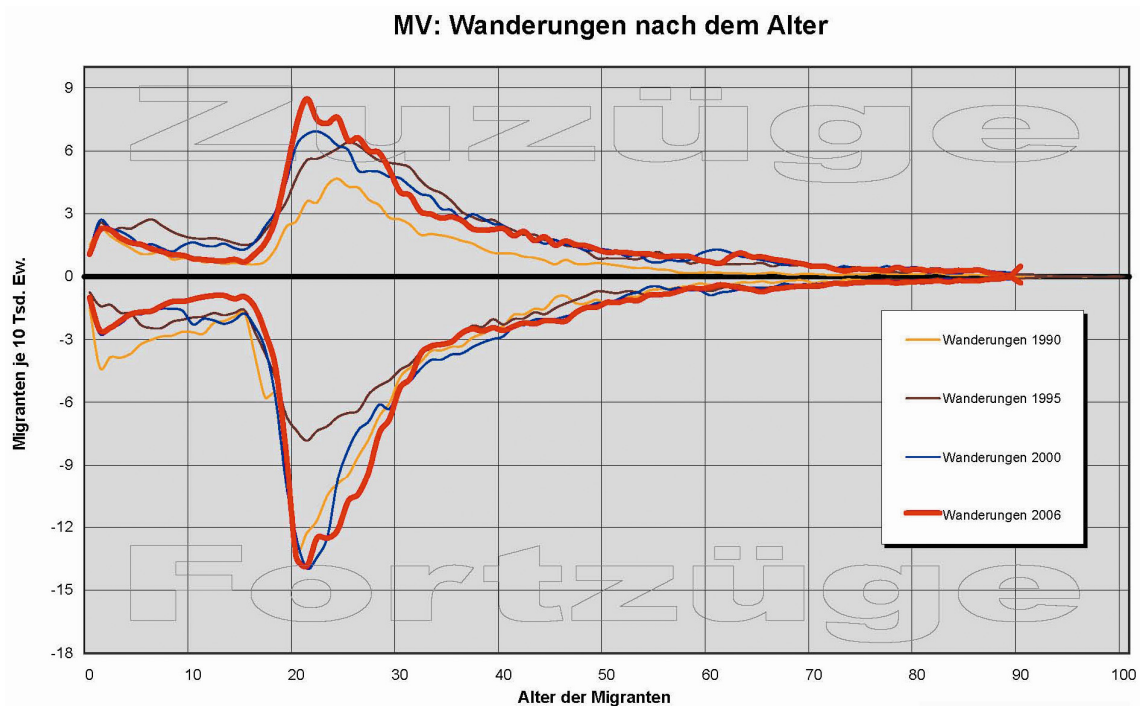


Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbbeobachtung 12/2006

Ämter im Umland der kreisfreien Städte wie z.B. Crivitz verlieren Bevölkerung durch Migration in die kreisfreien Städte. Die kreisfreien Städte Rostock, Greifswald, Stralsund und Wismar, aber auch Potsdam verzeichnen Wanderungsgewinne. Bezogen auf 1.000 Einwohner hat der Stadt-Umland-Bereich von Berlin die höchsten Zuzüge. Nur Graal-Müritz hat vergleichbare Werte.

Die Wanderungsprozesse in Nordostdeutschland erfolgen nach Alter und Geschlecht selektiv. An den Wanderungsmustern hat sich in den letzten Jahren in den neuen Ländern wenig verändert. Die Mobilität der Bevölkerung steigt bei den knapp unter 20-Jährigen steil an, erreicht ihren Höhepunkt im Alter von 22 bis 27 Jahren und verringert sich dann relativ kontinuierlich mit zunehmendem Alter. Dies gilt sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen. Die Besonderheit liegt hier darin, dass das Alter der Fortziehenden mit 25,3 Jahren um 1,8 Jahre jünger ist als der Zuziehenden. Zuzüge in die neuen Bundesländer werden mehr von erwerbsfähigen Personen getragen und nicht von Auszubildenden und Studenten (vgl. Mai 2006).

Abb. 7: Migrationsmuster 1990–2006 in Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: Oberste Landesplanungsbehörde MV 09/2007

Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass in den fertilen Altersgruppen der 18- bis unter 45-Jährigen in Nordostdeutschland im Jahr 2004 insgesamt 1,72 Mio. Männern lediglich 1,6 Mio. Frauen gegenüberstanden (48,1%). „Normal“ ist ein Frauenanteil von rund 48,5% bei der Geburt. Der Frauenanteil in Mecklenburg-Vorpommern beträgt nur noch 47,2% und ist damit der geringste Wert im Bundesländervergleich. In Nordostdeutschland weisen bereits 154 Ämter und amtsfreie Gemeinden Frauenanteile in o. g. Altersgruppe unterhalb des Durchschnitts von Mecklenburg-Vorpommern auf. Einen Frauenanteil unterhalb von 45% findet man bereits im Jahr 2004 in den Ämtern bzw. amtsfreien Gemeinden Ueckermünde, Friedland, Wiesenburg/Mark, Barnim-Oderbruch und Plessa. Die Männerüberschüsse in den demografisch aktiven Bevölkerungsgruppen

konzentrieren sich somit in den ländlich peripheren Räumen. Im Gegensatz dazu hat die Stadt-Umland-Wanderung der Oberzentren zu Frauenüberschüssen geführt. Beispiele dafür sind Sanitz, Insel Poel, Eichwalde, Glienicke/Nordbahn oder Kleinmachnow.

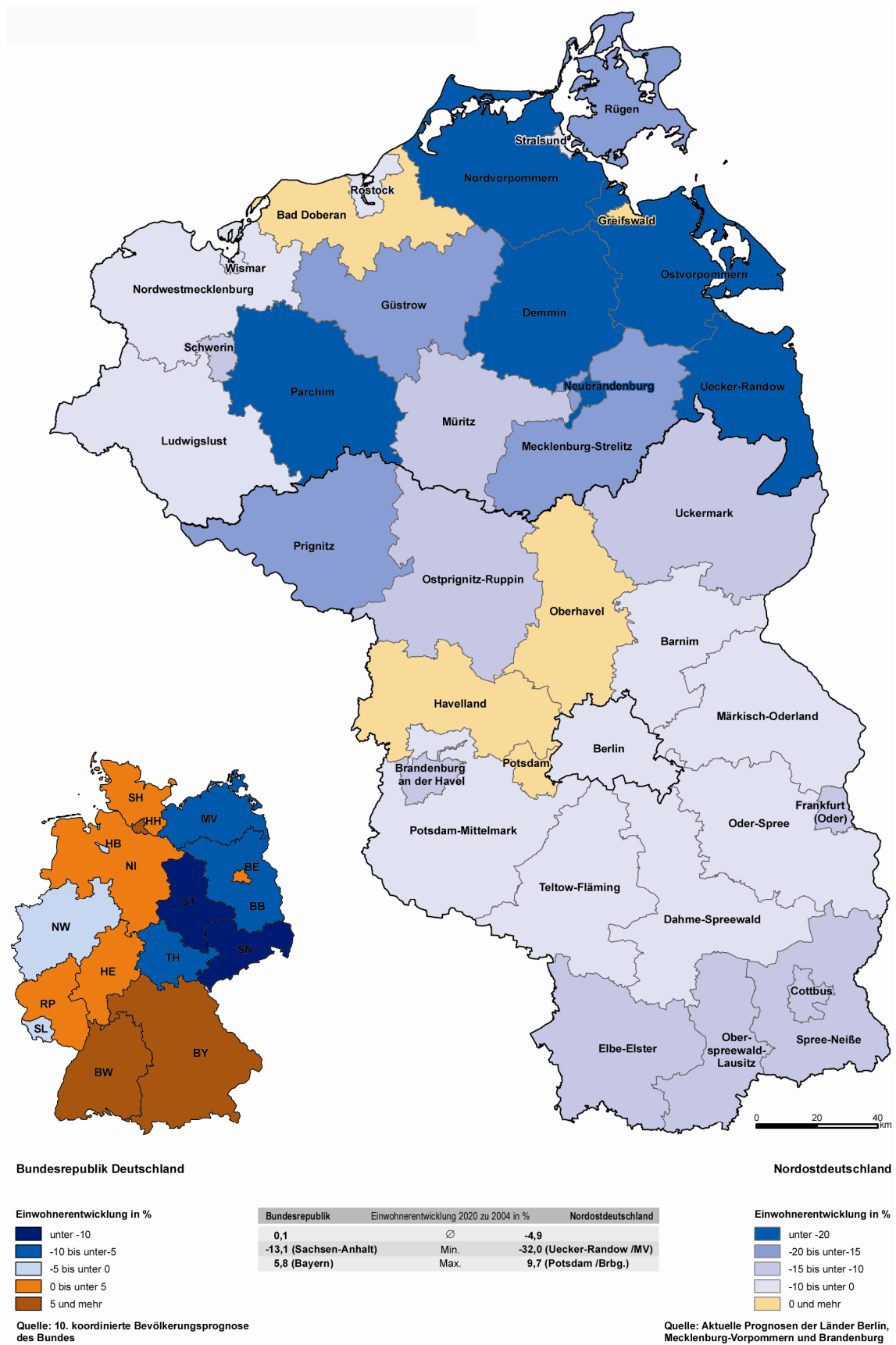
4.3 Zukünftige Entwicklungen bis 2020 (Prognose)

Das Verständnis der demografischen Entwicklung im Kontext der zukünftigen Förderpolitik erfordert nicht nur einen Blick zurück, sondern auch einen nach vorn. Zentrales Ergebnis nicht nur für Nordostdeutschland ist das künftig wesentlich stärkere Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfsregionen. Aktuelle Bevölkerungsprojektionen von Eurostat sehen für mehr als die Hälfte aller Regionen innerhalb der EU bis 2031 Bevölkerungsrückgänge voraus. Unter den zehn Regionen mit den größten Schrumpfungen ist Nordostdeutschland nicht vertreten, wohl aber andere ostdeutsche Regionen wie Dessau, Chemnitz, Halle und Magdeburg (vgl. Lanzieri 2007). Die heute noch bei der demografischen Entwicklung stark sichtbare Trennung von neuen und alten Bundesländern ist nicht mehr vorhanden. Mittlerweile gibt es auch im Ruhrgebiet, in Nordhessen oder im südlichen Niedersachsen Gebiete mit abnehmender Bevölkerung. Die bisher ausgedehnten Regionen des Westens mit Bevölkerungswachstum schrumpfen wie auch die Einwohnerzahlen selbst. Als größere zusammenhängende Gebiete verbleiben im Süden Deutschlands der Raum um München und im Nordwesten das Gebiet um die beiden Hansestädte Hamburg und Bremen. Auch die Rheinschiene von Düsseldorf bis in die Oberrheinische Tiefebene und zum Mittleren Neckar, der Südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet erwarten noch ein gewisses Wachstum (vgl. BBR 2006b; BBR 2006c).

Die aktuellen Bevölkerungsprognosen der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin lassen trotz methodischer Unterschiede, verschiedener Modelle, Basisjahre und Annahmen für Nordostdeutschland dennoch regionale Muster und vergleichbare Entwicklungstrends erkennen. Bevölkerungszunahmen bis 2020 sind nur noch im Umland von Berlin und Rostock sowie in den kreisfreien Städten Potsdam und Greifswald feststellbar. Alle anderen kreisfreien Städte und Landkreise haben Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Die weitaus größten Bevölkerungsverluste sind in den Landkreisen Vorpommerns und der Mecklenburgischen Seenplatte sowie im Süden und im Norden Brandenburgs zu verzeichnen. Der Landkreis Uecker-Randow verliert bis 2020 fast ein Drittel der Bevölkerung. Die Ursachen liegen in den hohen negativen Wanderungssalden und den hohen Sterbefallüberschüssen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums 2020 wird sich die Ursache des Bevölkerungsrückgangs stark in Richtung der Sterbefallüberschüsse verschieben. Die Umlandkreise von Berlin profitieren nach wie vor von der Suburbanisierung in den engeren Verflechtungsbereich. In den zentrumsfernen Gemeinden und Ämtern Brandenburgs ist dann mit teilweise erheblichen Bevölkerungsverlusten in ähnlichen Größenordnungen wie in Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen (vgl. LBV 2006a; Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung 2005).

In Nordostdeutschland wird es damit nach 2020 in der Mehrzahl Regionen mit starken Schrumpferscheinungen, wenige aber auch mit wachsender Einwohnerzahl geben. Allen gemeinsam ist jedoch das eigentliche Problem und Ergebnis des demografischen Wandels, die starke Überalterung ihrer Bevölkerung.

Abb. 8: Prognose der Einwohnerentwicklung 2020 gegenüber 2004



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbbeobachtung 12/2006

Literatur

- Beirat für Raumordnung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2005): Zusammenfassende Empfehlung an den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 21. September 2005; <http://www.bmvbs.de/Raumentwicklung/Raumentwicklung-in-Deutschland/Beirat.htm>.
- Bertelsmann Stiftung (2005): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005; <http://www.bertelsmann-stiftung.de>.
- Birkholz, K.; Hollenbach, J.; Schust, I. (2008): Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands Teil 2 Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Raumtypen. In: Eich-Born, Marion et al.: Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland 2006+ (Arbeitsmaterial der ARL – im Druck). Hannover.
- Buckmann, K; Hollenbach, J. (2005): Regionen mit permanent selektiver Abwanderung – Gibt es Migrationsgrenzen? In: Strobl et al. (Hrsg.): Angewandte Geoinformatik.
- Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2005): Sinkende Beschäftigung, wachsende Mobilität – Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2004. In: IAB regional 02/2005. Nürnberg.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2001): Raumordnungsbericht 2000; Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006a): Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR) 2005. Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2006b): Raumordnungsprognose 2020/2050. In: Berichte des BBR, Band 23. Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006c): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.
- Bundesamt für Naturschutz (BfN) (2004): Daten zur Natur 2004. Bonn.
- Bundesamt für Naturschutz (BfN) (2006): Fortschreibung der Daten zu unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen für Deutschland. Leipzig.
- Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (GL) (2006): Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Potsdam.
- Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) (2007): Fit für die Zukunft? Die Bundesländer im Vergleich. Hamburg.
- Handelsblatt (Hrsg.) (2006): (Prognos) Zukunftsatlas 2006 – Welche Branchen in Deutschland Wachstum bringen. In: Handelsblatt Sonderdruck. Düsseldorf.
- Heinrichs, B. (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – eine Neujustierung, aber kein Paradigmenwechsel. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 11/12 2006. Bonn.
- Herfert, G. (2007): Regionale Polarisierung der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: Raumforschung und Raumordnung Heft 5/2007. Hannover.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Bundesländerranking 2006; <http://www.insm.de>
- Karpinski, J. et al. (2006): Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern: Bilanz nach 15 Jahren und Ausblick. In: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Statistische Hefte 1/2006. Schwerin.
- Krönert, St. et al. (2006): Die demografische Lage der Nation (2. Auflage). Berlin.
- Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) und Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2004): Zwischen Flexibilität und drohender Abwanderung aus den Regionen: Pendlerverhalten und Hauptpendlerströme im Land Brandenburg. Potsdam.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) (2005): Übersichten zur Entwicklung der Wohnbevölkerung im gemeinsamen Planungsraum Berlin-Brandenburg 1990 bis 2004. Potsdam.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) (2006a): Bevölkerungsvorausschätzung 2005 bis 2030 für die Ämter und Amtsfreien Gemeinden des Landes Brandenburg. Potsdam.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) (2006b): Brandenburg regional 2006 – eine räumliche Bestandsaufnahme der Regionen, Landkreise und kreisfreien Städte. Potsdam.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) (2007): Wanderungsanalyse 1991 bis 2004: Land Brandenburg und Regionale Wachstumskerne. Potsdam.
- Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik und Landesumweltamt Brandenburg (2004): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2003–2020. Potsdam.
- Landesumweltamt Brandenburg (LUA) (1994): Brandenburg regional '93. Potsdam.
- Landesumweltamt Brandenburg (LUA) (2004): Großschutzgebiete – Modellregionen für Schutz und Nutzung Brandenburger Landschaften – eine sozioökonomische Strukturanalyse. Potsdam.

- Landesumweltamt Brandenburg (LUA) (2005): Parks und Gärten im ländlichen Raum – vernachlässigte Potenziale in Brandenburg? In: Fachbeiträge des Landesumweltamtes Heft 92. Potsdam.
- Lanzieri, G. (2007): Langfristige regionale Bevölkerungsprojektionen: Unterschiedliche Auswirkungen der Überalterung auf die EU-Regionen. In: Eurostat (Hrsg.): Statistik kurz gefasst, Heft 28/2007.
- Mai, R. (2006): Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung Heft 5/2006. Hannover.
- Maretzke, St. (2004): Positive Trends – auch die gibt es im Osten. In: Regionalbarometer neue Länder – Fünfter zusammenfassender Bericht, Berichte Band 20. Bonn.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2005): Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen bis 2020. In: Informationen der obersten Landesplanungsbehörde Nr. 11. Schwerin.
- Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2006): Gemeinsames Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (LEPro), Entwurf in der Fassung vom 4. Juli 2006. Potsdam.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2007): Konjunkturreport Land Brandenburg 2007 – Aktuelle Wirtschaftstrends und Statistiken. Potsdam.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2006): Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland – Ausgabe 2005. Hannover.
- Prognos AG (2007): Prognos Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb. In: Handelsblatt Sonderedition „Zukunftsatlas 2007“.
- Reichel, F. (2008): Ablösung des Zentrale-Orte-Systems durch ein Ankerstadtsystem als Beispiel einer veränderten raumordnerischen Entwicklungsstrategie in Berlin-Brandenburg. In: Eich-Born, Marion et al.: Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland 2006+ (Arbeitsmaterial der ARL). Hannover 2008 (im Druck).
- Schmidt, P. I. (2008): An räumlichen Potenzialen ausgerichtete Entwicklungs- und Förderstrategien – Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: Eich-Born, Marion et al.: Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland 2006+ (Arbeitsmaterial der ARL). Hannover 2008 (im Druck).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2004): Bevölkerungsprognose für Berlin 2002–2020. Berlin.
- Sinn, H.-W. (2005): Ist Deutschland noch zu retten? (2. aktualisierte Auflage). Berlin.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (StaBu) (2006a): Datenreport 2006. Bonn.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (StaBu) (2006b): 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Annahmen und Ergebnisse. Wiesbaden.
- Weiß, W.; Hollenbach, J. (2007): Regionale Residualbevölkerungen in der Wissensgesellschaft. In: Kujath, H. J. et al.: Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland – Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven (Arbeitsmaterial der ARL). Hannover.
- Wintermann, O. et al. (2006): Grundlagen, Daten und Bewertung der Indikatoren. Gütersloh.